

## **9. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**



# Belgien

Christian Franck\*

Am 1. Oktober 2020, 492 Tage nach den mit der Wahl zum Europäischen Parlament und den Regionalwahlen gekoppelten Parlamentswahlen vom 26. Mai 2019, bekam Belgien endlich eine neue Bundesregierung. Sie vereint sieben Parteien<sup>1</sup>, die zu vier politischen Familien zählen: der sozialistischen, liberalen, ökologischen sowie sozial-christlichen. Diese neue Regierungskoalition (mit 87 von 150 Sitzen) erhielt den Spitznamen „Vivaldi“ mit Bezug zu den „Vier Jahreszeiten“ des venezianischen Komponisten.

## Schwierige Regierungsbildung

Da sich die beiden größten flämischen Gruppierungen mit den meisten Parlamentssitzen – die Nationalisten der Nieuw Vlaams Alliantie (25) und die rechtsextreme Partei Vlaams Belang (18) – sowie 3 Abgeordnete der extremen Linken in der Opposition befinden, sind die Abgeordneten der Regierungskoalition in der niederländischsprachigen Parlamentariergruppe in der Minderheit (41 von 87 Sitzen).

Um diesen Nachteil auszugleichen, fiel der Posten des Ministerpräsidenten an den flämischen Liberalen Alexander de Croo und nicht an den wallonischen Sozialisten Paul Magnette.<sup>2</sup> Die Zuweisung besonders wichtiger Ministerien (Finanzen, Inneres, Justiz, Asyl und Migration) sollte ebenfalls die starke flämische Einbindung in die Regierung zum Ausdruck bringen. Das Verteidigungsministerium jedoch ging an eine junge wallonische Sozialistin und das Außenministerium an Sophie Wilmès, die die erste Premierministerin Belgiens war, nachdem sie am 26. Oktober 2019 auf Charles Michel folgte, als dieser Präsident des Europäischen Rates wurde. Die Regierung, der Sophie Wilmès seit dem 21. Dezember 2018 vorstand, sollte die Amtsgeschäfte nur bis zur Bildung einer neuen Koalition führen. Für die erforderlichen Maßnahmen im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie gewährte sich diese Minderheitsregierung (38 Sitze von 150) Ende März 2021 umfangreiche Sonderbefugnisse und Vollmachten.

In der vorherigen Regierung (2014–2019) hatte das pro-europäische Engagement des Ministerpräsidenten den Ton für das Regierungshandeln innerhalb der Europäischen Union (EU) angegeben. Seine Ansichten – die weitgehend denen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron entsprachen – waren geprägt vom Willen, Belgien einen Platz im „Cockpit des Aufschwungs“ zuzuweisen, einem Leitmotiv der EU-Politik von Charles Michel. Die größte flämische Partei in dieser „schwedisch“ genannten Koalition, die nationalistische und konservative Nieuw Vlaams Alliantie, deren vier EU-Abgeordnete in Straßburg in der von den britischen Tories dominierten Fraktion der Europäischen Konser-

---

\* Übersetzt aus dem Französischen von Friederike Nonhoff.

1 Es sind die sozialistischen, liberalen und ökologischen Parteien vertreten, sowohl flämisch als auch französischsprachig und wallonisch, allerdings nur die flämischen Christlich-Sozialen der CD&V, während ihre Kollegen der französischsprachigen Zentristen der CDH zur Opposition gehören.

2 Wir finden hier eine Analogie zur vorherigen Regierung, in der der Posten des Ministerpräsidenten dem französischsprachigen Liberalen Charles Michel zuerkannt worden war, um die schwache Repräsentation des Südens des Landes zu kompensieren, die aus drei flämischen Parteien und nur einer frankophonen Gruppierung bestanden hatte, des liberalen Mouvement réformateur.

vativen und Reformer (EKR) saßen, schaute in eine andere Richtung: in jene von David Cameron. Die N-VA zeigte Verständnis für die im November 2015 vom britischen Premier gemachten Vorschläge für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Union, inbegriffen des Vorschlags, aus der Präambel des EU-Vertrags die Klausel der „immer enger werdenden Union zwischen den Völkern von Europa“ zu streichen. Für den Präsidenten der N-VA, Bart de Wever, bedeutete der Brexit „den Verlust eines Verbündeten gegen die Bedrohung eines europäischen Super-Staates“.<sup>3</sup>

Immerhin schloss sich die N-VA nicht einer gemeinsamen Erklärung von ungefähr 15 „patriotisch“ genannten Parteien an, die sich am 2. Juli 2021 für ein Europa ausgesprochen haben, das sich dem Schutz der Nationen, der Familien und der christlichen Werte verschreibt. Im Gegenzug dazu gehörte die Vlaams Belang zu den Unterzeichnern, eine rechtsextreme flämische und separatistische Partei, deren drei Europa-Abgeordnete in der Fraktion Identität und Demokratie (ID) sitzen.

Die „Vivaldi“-Koalition von Alexander De Croo wird in Bezug auf Europa nicht den Kontrast erleben, der mit der doppelten Polarisierung pro-Macron und pro-Cameron in der Regierung Michel einherging. Die sieben „Vivaldi“-Parteien zeigen eine gemeinsame europäische Richtung. Die Regierungsvereinbarung vom 30. September 2020 spricht sich entschieden für eine feste pro-europäische Haltung aus.<sup>4</sup> Diese soll inspiriert werden von den verabschiedeten Eckpunkten der Europäischen Kommission unter Ursula von der Leyen, Ausdruck finden in den Arbeiten der Konferenz zur Zukunft Europas<sup>5</sup> und Orientierung bieten für die belgische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2024. Der Regierungstext hebt zudem die Vorteile für Belgien hervor, die ein „starkes und solidarisches Europa“ bietet, das 750 Mrd. Euro für das Programm NextGenerationEU (NGEU) bereitstellen wird. In diesem Zusammenhang ist die Vorbereitung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans (PNRR) eine vordringliche Aufgabe. Der junge Sozialist Thomas Dermine, Staatssekretär für Reformen und strategische Investitionen in der Regierung, ist speziell mit seiner Vorbereitung beauftragt. Seine Mittel belaufen sich Ende April 2021 auf fast 6 Mrd. Euro europäischer Subventionsgelder für öffentliche Investitionen in Belgien.

Nach vier Tagen harter Verhandlungen wurde im Europäischen Rat in den frühen Morgenstunden des 21. Juli 2020 die politische Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 sowie über das europäische Konjunkturprogramm NGEU gefunden, die bis Ende Dezember 2020 von den 27 Mitgliedstaaten noch einstimmig verabschiedet werden musste. Dies war hypothetisch aufgrund der ablehnenden Haltung Polens und Ungarns, die die Verknüpfung von Zuweisungen der EU-Mittel an den Bestand der Rechtsstaatlichkeit nicht akzeptieren wollten. Es oblag der deutschen Ratspräsidentschaft, diese Blockade zu überwinden. „Wir sind bereit, die Sorgen (von Budapest und Warschau) zu berücksichtigen“, äußerte sich Ende November Alexander de Croo, „wir werden aber nicht die Grundprinzipien antasten“ (Einhaltung der rechtsstaatlichen Verpflichtungen).<sup>6</sup> In diesem Punkt fanden die Benelux-Staaten nach ihrer Entzweiung

---

3 Bart de Wever: *Opinie*, in: *De Tijd*, 16.5.2018.

4 *Accord de gouvernement 30.9.2020*, S. 88, abrufbar unter: [http://www.belgium.be/sites/default/files/accord\\_de\\_gouvernement\\_2020.pdf](http://www.belgium.be/sites/default/files/accord_de_gouvernement_2020.pdf) (letzter Zugriff: 12.10.2021).

5 Die Regierung de Croo insistiert auf der Dimension partizipativer Demokratie der Konferenz, hat sich aber noch nicht zu den erwarteten Ergebnissen dieser am 9. Mai 2021 in Straßburg eingebrachten vielgestaltigen Aufgabe geäußert.

6 Olivier le Bussy: *Les leaders européens reportent à plus tard la discussion qui fâche avec la Hongrie et la Pologne*, in: *La Libre Belgique*, 20.11.2020.

bezüglich NGEU<sup>7</sup> wieder zu einer gemeinsamen Haltung, indem sie eine Abschwächung des im Juli 2020 getroffenen Mechanismus ablehnten. Am Ende unterstützen die drei Länder aber doch den Kompromiss der deutschen Ratspräsidentschaft vom 10. Dezember 2020, der als Voraussetzung für die Bereitstellung der EU-Gelder die Einhaltung der rechtsstaatlichen Verpflichtungen verlangt, aber den Verweigerern das Recht zubilligt, die Rechtsgültigkeit dieser Verpflichtung vom Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen, bevor der Mechanismus in Gang gesetzt wird.

### **Der belgische Aufbau- und Resilienzplan (PNRR)**

Im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit (672,5 Mrd. Euro) – des Herzstücks von NGEU – war für Belgien die Summe von 5,1 Mrd. Euro europäischen Subventionsgeldes aus vergemeinschafteten Schulden vorgesehen. Letztendlich wird sich der Betrag auf 5,926 Mrd. Euro belaufen.<sup>8</sup> Die Erstellung des PNRR begann im November 2020 und wurde vom Staatssekretär für Reformen Thomas Dermine in drei Schritten verantwortet. Der erste war die Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen, die die unterschiedlichen Komponenten des föderalen Belgiens beinhaltet, die zu Anfragen von über 20 Mrd. Euro Investitionsmitteln führten (viermal soviel wie als Fördersumme festgesetzt worden war). Der zweite war der Verteilungsschlüssel. Am 11. Januar 2021 einigten sich der Bundesstaat und die gliedstaatlichen Gebietskörperschaften: 21 Prozent der Summe gehen an den Bundesstaat, 38 Prozent an Flandern, 25 Prozent an Wallonien, der Rest wird unter der Region Brüssel und den anderen gliedstaatlichen Ebenen aufgeteilt. Letztendlich wurden 85 Investitionsprojekte am 30. April 2021 der Kommission vorgelegt. Sie beinhalten zu 50 Prozent Projekte zum ökologischen und 50 Prozent zum digitalen Wandel. Ihnen beigelegt wurden 36 strukturelle Reformprojekte, die relativ vage blieben. Am 23. Juni 2021 teilte Ursula von der Leyen mit, dass der belgische Aufbau- und Resilienzplan gebilligt wurde,<sup>9</sup> die Genehmigung durch den Rat für Wirtschaft und Finanzen kam im Juli. Eine erste vorgezogene Überweisung von 770 Mio. Euro wurde für Anfang August 2021 zugesagt.

### **Der Brexit**

Neben den Schlussverhandlungen über den Haushalt 2021–27 mussten zum Jahresende 2020 nach dem britischen Austritt zum 31. Januar auch die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen zwischen London und der EU zum Abschluss kommen. Da auf das Vereinigte Königreich 9 Prozent der belgischen Ausfuhren und 5 Prozent der Importe fallen<sup>10</sup>, war der No Deal, der die Wiedereinführung der Zolltarife der Welthandelsorganisation bedeutet hätte, das schlimmste Szenario. Daher wurde der Abschluss vom 24. Dezember 2020, der den freien Austausch zwischen den beiden Parteien vorsieht, als kleineres Übel begrüßt. Für Alexander De Croo „erlaubt er, den größten Teil des Schocks zu

7 Entgegen seiner Amtskollegen in Belgien und Luxemburg gehörte der niederländische Premierminister Mark Rutte zu der Gruppe der „Frugals“ – der Sparsamen, die sich gegen die Fördermittel von NextGenerationEU und die als zu exzessiv bewerteten Subventionen in Bezug auf die Höhe der Anleihen stark machten; vgl. hierzu auch den Beitrag „Niederlande“ in diesem Jahrbuch.

8 Es ist anzumerken, dass Belgien nicht von dem zur Verfügung stehenden zweiten Darlehen Gebrauch machen wird, da es auf dem Finanzmarkt bereits Zugang zu Negativzinsen hat.

9 Patricia Labar: 5,9 milliards d’euros pour la Belgique, in: *Le Soir*, 24.6.2021.

10 80 Prozent des Handels zwischen Belgien und dem Vereinigten Königreich betreffen den flämischen Teil des Landes.

absorbieren“<sup>11</sup>, da lediglich Gesundheitskontrollen sowie administrative Schranken wieder eingeführt wurden. Was die Fischerei betrifft – die Hälfte der Einnahmen belgischer Fischer stammt aus britischen Gewässern – wird der weiterhin für fünfeinhalb Jahre ermöglichte Zugang als akzeptables Resultat gewertet, auch wenn er um 25 Prozent verringert wurde. Es muss hier zudem noch angemerkt werden, dass Belgien 375 Mio. Euro von den fünf Mrd. Euro der Brexit-Anpassungsreserve (Brexit Adjustment Reserve) erhält, die bestimmt ist für die am meisten vom Austritt des Vereinigten Königreichs betroffenen Länder.

### **Covid-19 und Freizügigkeit**

Seit Ausbruch der Pandemie im März 2020 hat Belgien mehr als 25 000 Todesfälle zu verzeichnen. Die Lockdown-Maßnahmen und die im Januar 2021 begonnene Impfkampagne führen zu einer engen Abstimmung zwischen Bundesstaat und den Gliedstaaten. Zwei belgische Firmen beteiligen sich an der Impfstoffproduktion, eine in Puurs in Flandern (BioNtech/Pfizer), die andere in Seneffe in Wallonien (AstraZeneca). Auf die vor allem von den südlichen EU-Ländern geforderte Einführung eines europäischen digitalen Impfpasses reagierte die Regierung zunächst zögerlich aufgrund der Befürchtung, die Freizügigkeit im Schengen-Raum könne beeinträchtigt werden, während es weder einen allgemeinen Zugang zum Impfstoff noch eine Impfpflicht gebe.<sup>12</sup> Die Regierung schloss sich aber dennoch der Maßnahme an und stellte das Covid Digital Certificate ab dem 15. Juni 2021 zur Verfügung. Das Verbot nicht notwendiger Reisen ins Ausland ab dem 27. Januar 2021 führte allerdings zur Missbilligung durch die Europäische Kommission, die die Maßnahme mit der Begründung als unverhältnismäßig beurteilte, der Schengener Grenzkodex erlaube die zeitlich befristete Aussetzung der Einreiseerlaubnis in ein Land, aber nicht das Verbot der Ausreise, selbst wenn vor dieser abgeraten werden könne.<sup>13</sup>

### **Weiterführende Literatur**

François Reman: *Après la crise, quelle relance*, in: *La Revue Nouvelle*, März–April 2021.

Francesca Colli/Benjamin Bodson: *Belgium: clearly pro-CoFoE, but unclear on the details*, in: Minna Åalander et al. (Hrsg.): *Managed Expectations: EU Member States' Views on the Conference on the Future of Europe*, EPIN Report, 24.6.2021, S. 12–13.

---

11 Alexander De Croo: *Statement on the Brexit Agreement*, 24.12.2020, abrufbar unter: <https://www.premier.be/en/brexit-agreement> (letzter Zugriff: 1.10.2021).

12 *Le Soir*: Sophie Wilmès: „Il n'est pas question de lier la vaccination à la liberté de se déplacer en Europe“ 1.3.2021.

13 Elodie Lamer: *La tension monte autour du caractère disproportionné de l'interdiction belge des voyages non-essentiels*, in: *Le Soir*, 17.2.2021.